öffentlich

Produkt	1.01.14.02	Energiemanagement
Produktgruppe	1.01.14	Technisches Immobilienmanagement
Produktbereich	1.01	Innere Verwaltung

Amt/Geschäftszeichen	Datum	Vorlagennummer
23 / Ki	24.10.2011	BV/11/1421

▼ Beratungsfolge	▼ Sitzungstermin
1. Ausschuss für Bauen und Verkehr	09.11.2011
2. Rat	06.12.2011

Tagesordnungspunkt/Betreff

**Interkommunale Bürgersolargenossenschaft im Rhein-Sieg-Kreis
Beteiligung der Stadt Lohmar**

Beschlussvorschlag

- 1.) Der Ausschuss für Bauen und Verkehr befürwortet die Mitgliedschaft der Stadt Lohmar in der Bürgersolargenossenschaft des Rhein-Sieg-Kreises.
- 2.) Der Ausschuss für Bauen und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Lohmar, einer Mitgliedschaft der Stadt Lohmar in der Bürgersolargenossenschaft des Rhein-Sieg-Kreises zuzustimmen und einen Genossenschaftsanteil in einer maximalen Höhe von 1.000 € zu zeichnen.

Beratungsergebnis					Sitzung am	TOP
☐ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit	☐ ja	☐ nein	☐ Enthaltungen	☐ laut Beschluss- vorschlag	☐ abweichender Beschluss (Rückseite)

Begründung1. Sachverhalt

Der Ausschuss für Bauen und Verkehr hat in seinen zahlreichen Sitzungen zum Thema Förderung der Solarstromproduktion die Verwaltung mit der Prüfung weiterer Nutzungsmöglichkeiten der PV-Anlagen beauftragt. Siehe hierzu Sitzungen und Beschlüsse BV/11/1241 vom 4.5.2011, BV/10/1062 vom 18.11.2010, BV/10/1062 vom 14.9.2010 und BV/11/1337 vom 14.9.2011.

In der vorgenannten Sitzung vom 14.9.2011 hat die Verwaltung mit der BV/11/1337 über die Bestrebungen zur Gründung einer „Interkommunalen Bürgersolargenossenschaft im Rhein-Sieg-Kreis“ informiert. Der Ausschuss hat die Verwaltung beauftragt, die Mitgliedschaft der Stadt Lohmar in einer Bürgersolargenossenschaft zu prüfen und den Ausschuss für Bauen und Verkehr sowie den Rat der Stadt Lohmar über die Verhandlungsergebnisse zu unterrichten.

In einer weiteren Besprechung am 05.10.2011 im Kreishaus Siegburg wurde die Gründung einer interkommunalen Bürgersolargenossenschaft weiter finalisiert. Die von der I-NEG (Ingenieur Netzwerk Energie eG, unabhängige Energieberatung der Genossenschaften) hat die in der BV/11/1337 angesprochene Machbarkeitsstudie vorgestellt. Die INEG hat aus der Liste aller kommunalen Dächer, die für die Nutzung durch Photovoltaikanlagen geeignet waren (104 Dächer), 17 kommunale und 2 gewerbliche Objekte als sog. „A-Dächer“ identifiziert. Diese Objekte sollen weiter untersucht werden. Bei der Stadt Lohmar wurden hierfür die Dächer am Bauhof, der Grundschule Donrath und der Grundschule Lohmar ausgewählt.

Bei den identifizierten Dächern kann mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von netto 1,032 Mio. € bei einer Eigenkapitalquote von 20% eine Eigenkapitalrendite von 5,7% vor Steuern erzielt werden. Hierbei wurde konservativ davon ausgegangen, dass die Investitionskosten für PV-Anlagen in 2012 gegenüber 2011 um 10% sinken und die Degression der Einspeisevergütung zum 01.01.2012 bei 15% liegen wird.

Der aktuelle Sachstand sieht wie folgt aus:

- Der Name soll „BürgerEnergie Rhein-Sieg eG“ heißen.
- Die Umwandlung der Satzung der „Bürgerenergie Siegburg eG“ ist möglich.
- Gründung und Mitgliederversammlung soll im Dezember 2011 erfolgen.
- Feste Mitgliedschaften haben bereits die Stadt Troisdorf zugesagt.
- Bei den Kommunen Hennef, Much, Ruppichteroth und Lohmar fehlen noch die politischen Beschlüsse. Diese sollen noch in Nov. / Dez. 2011 folgen.
- Bei der Umsetzung sollen Firmen aus der Region berücksichtigt werden.
- Bau und Inbetriebnahme der ersten PV-Anlagen bis März 2012
- Den beteiligten Kommunen wird der Bau zumindest einer PV-Anlage garantiert.

Die Vorteile einer „interkommunalen“ eG liegen

- in der Generierung von privatem Kapital von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen,
- in der größeren Auswahl an geeigneten Dächern
- in einem deutlichen Preisvorteil wegen großvolumigen Einkaufs (Mengenrabatte)

- in der Möglichkeit der getrennten Vergabe von Einkauf und Montage mit zu erwartenden weiteren Preisvorteilen,
- in der stärkeren Berücksichtigung des regionalen Handwerks bei Einkauf der Einzelkomponenten, Montage, Instandhaltung und Wartung.
- Vorteilhaft ist zudem, dass nur eine zentrale Organisationseinheit für Betrieb, Kontrolle und Wartung erforderlich ist, die aufgrund der größeren Anzahl an PV-Anlagen über höheres Know-how und mehr Erfahrung verfügt. Der interkommunale (zentrierter) Betrieb lässt daher eine höhere und sichere Rendite erwarten. Die spätere Einbeziehung von Windkraft, Nahwärme und sonstigen regenerativen Energien ist möglich.

Mit der Gründung einer Energiegenossenschaft stärkt die Stadt ihr Image als Klimakommune und befördert den Energiewechsel. Soweit die Stadt selbst Flächen zur Verfügung stellt, werden Erträge durch Pachten und Steuern gesichert.

Von erheblicher Bedeutung ist, dass die Bürgerinnen und Bürger der beteiligten Kommunen sowie die dort ansässigen Unternehmen mit „ins Boot“ geholt werden. Genossenschaftsanteile sollen auch nur an Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen der beteiligten Städte ausgegeben werden. Der einzelne Anteil soll nach derzeitiger Planung bei ca. 1.000 € je liegen. Eine Quotenfestlegung nach Kommunen ist denkbar. Die von einem einzelnen Mitglied zeichenbaren Anteile werden der Höhe nach begrenzt.

Wie bereits dargestellt, soll jede Kommune einen Vertreter in den Vorstand der Genossenschaft entsenden. Der Aufsichtsrat, der aus mindestens drei Mitgliedern besteht, wird von der Generalversammlung gewählt. Satzungsänderungen können mit einer $\frac{3}{4}$ -Mehrheit beschlossen werden. Die Kündigungsfrist soll 5 Jahre betragen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass mit der Teilnahme der Stadt an der Gründung der Genossenschaft die Stadt nicht verpflichtet ist, Dachflächen für die Genossenschaft zur Verfügung zu stellen.

Die ersten Info-Veranstaltungen soll im Jan./ Febr. 2012 stattfinden, wobei in jeder an der eG beteiligten Kommune eine Info-Veranstaltung stattfinden wird.

Die Verwaltung empfiehlt dem Ausschuss für Bauen und Verkehr, einer Beteiligung Stadt Lohmar an der Bürgersolargenossenschaft zuzustimmen.

2. Ziel: Was soll für welche Zielgruppe erreicht werden?

Einsparung von fossiler Energie und Minderung der CO² Produktion

3. Leistungen/Prozesse: Was soll wie getan werden?

Begleitung weiterer Verhandlungen mit Unterstützung des RSK

4. Ressourcen: Welcher Aufwand ist für die Umsetzung der Maßnahme erforderlich?

Personalressourcen bei der Stadt Lohmar.

5. Auswirkungen auf übergeordnete Ziele (Haushaltskonsolidierung, NKF, Familienfreundlichkeit, Raum für Jung und Alt, Unternehmerische Engagement, Natur und Sport). Falls ja: Welche?

„Natur und Sport“ und „Sympathie für unternehmerisches Engagement“

6. Wirtschaftliche Auswirkungen:

Mittel für die Maßnahme lt. Haushaltsplan vorhanden: ja

nein.

Falls nein: - Mittel können aus der betroffenen Produktgruppe zur Verfügung gestellt werden nein

ja, Erläuterung: _____

- Die Maßnahme kann nur durch Inanspruchnahme von Mitteln aus nachstehenden Produktgruppen durchgeführt werden (ggf. üpl. gemäß § 83 GO):

_____

In Vertretung

.....
D. Brügge
Erster Beigeordneter

_____